

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigepreis: Die Zeitungsstellen
bestellen für den Monat mit 100
Marken im Voraus. Einmalige
Anzeigen zu besonderen
Bedingungen im Verlag.
amtliche Zeitungsstellen
amtliche Zeitungsstellen

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1099

Nr. 249

Freitag, den 24. Oktober 1924

19. Jahrgang

Die Befreiung von Ruhr und Rhein.

Abzug der Franzosen aus Dortmund.

Dortmund, 22. Oktober. Die französischen Truppen sind abgerückt. Um 1/9 Uhr marschierte das französische 87. Infanterieregiment mit wehender Fahne und klingendem Spiel vor dem Hauptbahnhof auf, um von dort in der Richtung Berner-Witten verladen zu werden. Eine große Menschenmenge hatte sich angesammelt, die ruhig und ernst dem kriegerischen Aufzug zusah. Unter Klängen eines Marschliedes desillerte das Regiment an seinem Kommandeur vorüber. Zahlreiche Photographen, meist von Pariser Zeitungen, hatten sich eingefunden und nahmen diese letzte Phase der Besetzung Dortmund auf.

Die Freude ist allgemein. Zwar geht Dortmund wie gewöhnlich seiner Arbeit nach, doch kann man es schon an den Gesichtern des Straßenpublikums sehen, daß es sich von einem schweren Druck befreit fühlt. Der Stab der dritten Divisionsdivision ist nach Düsseldorf verlegt worden.

Duisburg, Ruhrort und Limburg befreit.

Duisburg, 22. Okt. Die Hauptzollämter in Duisburg und Ruhrort und das Zollamt in Hamborn, sowie sämtliche Zollabfertigungsstellen in den Duisburg-Ruhrorter Häfen sind der deutschen Verwaltung übergeben worden.

Limburg, 22. Okt. Die Bahnhöfe Limburg und Eschhofen sind von der Regie an die Reichsbahnverwaltung zurückgegeben worden. Der übrige Teil der Strecke Limburg—Döhl befindet sich einseitig noch in der Verwaltung der Regie. Die Besatzung der Stadt Limburg wird am 23. d. M. abziehen. Aus Eschhofen sind die französischen Posten bereits abgezogen.

Der Aalener Flaschenhals geräumt.

Elberfeld, 22. Okt. Heute wurde das Gebiet von Bohwinkel, Remscheid, Wipperfurth, Bänderoth, sowie die Gebietskreise nordöstlich und östlich der Grenze des Brückentopfes Köln geräumt. Aus Remscheid zogen die Truppen in der Frühe ab. Die Truppen aus Bohwinkel führen mit der Bahn nach Koblenz. Einige französische Eisenbahner blieben zurück, sie werden jedoch ebenfalls im Laufe des Tages abziehen.

Wesel, 21. Okt. Die Belgier haben heute Abend 6.30 Uhr Wesel verlassen und sind über die Dippe- und Rheinbrücken nach Bielefeld abmarschiert. Der Abmarsch ist ohne jede Störung verlaufen.

Emmerich, 21. Okt. Die Übernahme der Zollverwaltung durch die deutschen Behörden hat heute Morgen stattgefunden. Die Belgier werden heute Nachmittag abziehen.

Rundgebung der Reichsregierung.

Berlin, 21. Okt. Die Reichsregierung wendet sich mit folgender Rundgebung an das deutsche Volk:

Nach kurzer Zeit steht das deutsche Volk wiederum vor der Aufgabe, einen neuen Reichstag zu wählen. Im alten Reichstag hatte die Regierung keine feste arbeitsfähige Mehrheit. Die mannigfaltigen ernstesten Bemühungen, eine solche zu schaffen, führten nicht zum Ziel; sie scheiterten deshalb, weil die noch unter den Nachwirkungen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs gestimmte Wahl vom 4. Mai die radikalen Elemente allzu sehr gestärkt und dadurch eine aufbauende Arbeit der übrigen Parteien außerordentlich erschwert hatte. Das Wohl des deutschen Volkes fordert, daß dieser Mangel durch die Neuwahl beseitigt wird.

Nachdem der Londoner Pakt angenommen und seine Durchführung bereits eingeleitet ist, muß die unter schweren Opfern, aber mit sichtbarem Erfolge geführte Politik der Regierung folgerichtig fortgesetzt und für die Zukunft gesichert werden. Auch der wirtschaftliche Wiederaufbau hat eine ruhige Fortentwicklung der deutschen Politik nach außen und im Innern zur Voraussetzung. Sie ist aber nur dann gesichert, wenn sich alle am Wiederaufbau beteiligten Parteien entschlossen auf den Boden der Verfassung stellen und diesen gegen jegliche ungeheuerliche Angriffe — gleich von welcher Seite sie auch kommen mögen — verteidigen. Im neuen Reichstag müssen die einigenden Kräfte stärker sein als die entzweifelnden. Die radikalen Elemente sollten durch die Neuwahlen ausgeschaltet werden. Ist es nicht eine Schande, daß der deutsche Reichstag mit polizeilicher Hilfe tagen muß und sich Extreme von rechts und links die Hand reichen, um seine Arbeiten zu sabotieren?

Soll das deutsche Volk im Innern weiter gesunden und nach außen die neugewonnene Geltung erhalten und gehöhrt werden, so muß die Regierung sich auf eine feste Mehrheit stützen können. Auch die Parteilichkeit der letzten Wahl steht dem entgegen. Es dürfen nicht, wie am 4. Mai, nahezu eine Million Stimmen vergeblich abgegeben werden.

Nicht in der Zersplitterung liegt das Heil, sondern im Streben zum Ganzen und zur Einheit. Wäge sich das deutsche Volk von diesen Gesichtspunkten leiten lassen, wenn es bei der kommenden Wahl über seine Zukunft entscheidet.

Berlin, 21. Oktober 1924.

Die Reichsregierung.

Die Rundgebung der Reichsregierung an das Volk ist begrüßenswert, denn noch nie ist sich das Volk über die Ursachen der Reichstagsauflösung so im klaren

gewesen, wie jetzt. Das Dunkel, in dem sich die Verhandlungen über die Regierungsumbildung abgespielt haben, hat den Volksbeträgern ihr Spiel außerordentlich erleichtert. Der Wähler wird deshalb gut tun, sich nicht durch Einzelheiten, die er nicht nachprüfen kann, verwirren zu lassen, sondern sich an wenige große feststehende Tatsachen zu halten. Solche Tatsachen sind die in diesen Tagen erfolgte Räumung von Dortmund, Hörde, Remscheid und der besetzten Gebiete von Karlsruhe und Mannheim, und andererseits der glänzende Erfolg der deutschen Anleihe, die in Amerika sechsmal und in Holland sogar hundertmal überzeichnet worden ist. Das sind Tatsachen, die der Regierung das Recht geben, als Ziel des Wahlkampfes die Sicherung der bisher geführten Politik auch für die Zukunft aufzustellen.

Daß diese Politik stark gefährdet wird, wenn die Deutschnationalen die Regierung in die Hände bekommen, beweist die Wahlkundgebung der deutschnationalen Reichstagsfraktion. Sie zeigt aufs allerdeutlichste, daß die Zustimmung der Berg- und Genossen zu den Richtlinien des Reichstanzlers nur ein Lippenbekenntnis war, nur Lug und Trug, um den Deutschnationalen den Weg zur ersehnten Macht zu eröffnen. Sie denken gar nicht daran, die gegenwärtige Staatsform anzuerkennen und zu verteidigen, im Gegenteil, sie tun ihr den größten Schimpf an, der überhaupt denkbar ist, indem sie behaupten, daß sie auf Gehet der Feinde eingeführt worden sei. Sie denken auch gar nicht daran, an der Fortführung der bisherigen Politik der Befreiung durch Erfüllung mitzuwirken, sie fordern vielmehr „die Reinigung von dem Erfüllungsgest, der sich dem Ausland in würdelosem Pazifismus unterwirft“. Sie wollen bleiben, was sie waren, monarchisch und bürgerlich. Das sollte genügen, um allen denen die Augen zu öffnen, die sich bisher noch im Unklaren über die Haltung der Deutschnationalen waren. Man kann sich keine bessere Rechtfertigung für die Politik der Demokratischen Partei denken, als sie in diesen Bekenntnissen wenig schöner Seelen liegt. Mit Recht sagt der Wahlausruf der Demokraten, daß nur die Demokratie die Befreiung Deutschlands erreichen kann. Die Demokratische Partei kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie allein ohne Schwanken für die nationale Politik der Mitte gekämpft hat. Sie ist von dem geraden Wege weder nach rechts noch nach links abgewichen und verdient deshalb das Vertrauen aller derer, die der Ueberzeugung sind, daß der bisher verfolgte Weg der richtige ist und Deutschland zu einem langsamen aber sicheren Aufstieg führen wird.

Auslegung der Wählerlisten.

Vom 18. bis 23. November.

Berlin, 2. Oktober. Der Reichsminister des Innern hat bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmkarten für die Reichstagswahl vom 18. November 1924 bis einschließlich 23. November anzulegen sind.

In Preußen werden die Listen mit Rücksicht auf die Regelung im preussischen Wahlverfahren vom 15. bis einschließlich 22. November aufgelegt.

Die Ausgeschiedenen.

Berlin, 22. Okt. Die Austritte aus der demokratischen Partei finden bei dreien der Ausgetretenen eine sehr einfache Erklärung: Den Herren Schiffer, Gerland und Dominicus ist nämlich von ihren Wahlkreisen (Magdeburg, Thüringen, Bielefeld) vor längerer Zeit schon mitgeteilt worden, daß sie wegen ihrer allzu sehr nationalliberal schillernden Politik auf keinen Fall mehr darauf rechnen dürften, bei Neuwahlen wieder aufgestellt zu werden. Auch bei Reinat, der als Persönlichkeit wohl wirklich einen Verlust für die Partei bedeutet, wenn es jedenfalls nur schwer möglich gewesen, ihn wieder auf die Reichsliste setzen zu lassen. Er selbst hätte auch wohl schon als Angehöriger der demokratischen Fraktion bei dem durchaus völksparteilich eingestellten Zentralverband des Großhandels, dessen Geschäftsführer er ist, so starke Schwierigkeiten gehabt, daß seine Trennung von der demokratischen Partei vielleicht die für beide Teile glücklichste Lösung ist. Als Mitglied allerdings empfindet es die Partei, daß keiner der fünf Ausgetretenen es am Montag bei der entscheidenden Abstimmung für nötig gehalten hat, etwas von seinen Austrittsabsichten zu äußern. Ob und wo die fünf Herren sich nun von neuem anzuschließen gedenken, ist nicht bekannt. Es kommt in dieser Hinsicht sowohl die Deutsche Volkspartei wie auch die Wirtschaftspartei in Betracht.

Gesler tritt nicht aus.

Berlin, 22. Okt. Reichswehrminister Dr. Gesler ermächtigt die „Vossische Zeitung“ zu der Erklärung, daß er nicht beabsichtigt, aus der Demokratischen Partei auszutreten.

In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „D. N. Z.“ erklärte Reichswehrminister Gesler, daß es zwar zu jenen in der Fraktion gehörte, die der Erweiterung nach rechts zugestimmt haben, aber trotzdem Parteidisziplin wahrte, weil dies eine Frage der selbstverständlichen Wohlstandigkeit sei. Seiner engeren Umgebung auch im Heere habe er durch ein Schreiben seine Haltung ausgedrückt. Er sei auch jetzt noch der Ansicht, daß die Koalition nach rechts erweitert werden müsse. Im übrigen denke er nicht daran, aus der Partei auszutreten, sondern rechne sich wie immer zu seinen bairischen Parteifreunden, die mit ihm stets für den Reichsgedanken in Bayern gekämpft haben.

Der bairische Abgeordnete Sparrer hat gleichfalls keinen Zweifel darüber gelassen, daß er in der Partei verbleiben werde.

Einberufung eines außerordentlichen Parteitag.

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei hat beschlossen, einen außerordentlichen Parteitag der Partei für den 2. November nach Berlin einzuberufen.

Auf der Jagd nach kommunistischen Abgeordneten.

Böllige Sperrung der Olgrenze.

Berlin, 22. Oktober. Gestern nachmittags 2 Uhr ist die vollständige Sperrung der deutschen Olgrenze eingeleitet. Ebenso wurden die Flugplätze polizeilicher Kontrolle unterstellt, um den wegen vollendeten Hochverrats und schwerer Urkundenfälschung verfolgten 32 kommunistischen Reichstagsabgeordneten den Uebertritt nach Ausland unmöglich zu machen.

Bei der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums ist ähnlich, wie seinerzeit nach der Ermordung Rathenau, ein besonderes Fahndungskommando gebildet worden, um die Abgeordneten einzufangen und dem Staatsgerichtshof in Leipzig zuzuführen. Die Spur von fünf der am schwersten belasteten kommunistischen Reichstagsabgeordneten war am Mittwoch bis an die Grenze des polnischen Korridors festgesetzt.

Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 22. Okt. Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei hat beschlossen, zum 18. November einen Parteitag der Deutschen Volkspartei nach Dortmund einzuberufen.

Zentrumsparteitag am 26. Oktober.

Berlin, 22. Okt. Der Vorstand der Zentrumspartei hat heute den Beschluß gefaßt, den Parteitag für den 26. Oktober nach Berlin einzuberufen. Als Referenten werden Reichstanzler Marx und der frühere Reichstanzler Gehrenbach sprechen. In den Reichsparteitag, für den drei Verhandlungstage vorgesehen sind, wird sich am 29. Oktober der preussische Landesparteitag der Zentrumspartei anschließen.

Reht Lubendorff nicht wieder?

Berlin, 22. Okt. Auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken sind Kundgebungen zur Neuwahl bisher noch nicht erfolgt. Bezeichnend ist allerdings eine Rede über den jüngsten „Deutschen Tag“ in Plauen, bei dem Lubendorff aufgefordert worden sei, sein Mandat niederzulegen. Die Begründung, „er gehöre der ganzen Nation und dürfe sich nicht in den Rot